

## **Wirtschaftsdemokratische Herausforderungen an eine sozialistische Alternative**

### **1. Vorbemerkung und Ausgangspunkte**

In den folgenden Überlegungen zu wirtschaftsdemokratischen Herausforderung an eine sozialistische Alternative bilden die in den Gewerkschaften und in der Linken diskutierten Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft die Grundlage. Das Anliegen besteht jedoch nicht darin, die Entwicklung der Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie in den 1920 Jahren (Karl Korsch, ADGB: Theodor Leipart, Fritz Naphtali), in den Nachkriegsjahrzehnten in den Gewerkschaften und in der SPD (Agartz , Brenner u.a.) sowie in der Zeit der Krise des Fordismus und der Herrschaft des Finanzmarktkapitalismus (u.a. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Fritz Vilmer, Heinz-J. Bontrup, Detlef Hensche, Ulla Plener)<sup>1</sup> umfassend darzustellen und auszuwerten.

Es sollen hier nur einige generelle Forderungen und Zusammenhänge der Wirtschaftsdemokratie knapp dargestellt werden, die für die folgenden Überlegungen zu einer sozialistischen Alternative von Bedeutung sind:

- Eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft muss als ein unverzichtbares Kernstück die Demokratisierung der Wirtschaft einschließen. Nur dann kann erreicht werden, dass die Wirtschaft nicht primär den Profitinteressen untergeordnet wird, sondern dem Gemeinwohl, den Bedürfnissen der Menschen und einer zukunftsfähigen Entwicklung dient. Nur auf einer solchen Grundlage können die Forderungen nach sozialer Gleichheit, Freiheit, Emanzipation und Solidarität und damit die Überwindung der Entfremdung in der Arbeit erreicht werden.
- Eine Demokratisierung der Wirtschaft setzt die Änderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere die Einschränkung und schließlich Überwindung der Marktmacht der Großunternehmen voraus. In der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik ist der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft eine ständige Aufgabe der Linken, der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen. Die Änderung der Eigentumsstrukturen durch die Herausbildung und Stärkung verschiedener Formen des Gemeineigentums bedeutet nicht automatisch Wirtschaftsdemokratie. Sie schafft dafür aber wichtige Voraussetzungen. Sie muss darauf gerichtet werden, eine reale Verfügung der Beschäftigten und der Gesellschaftsmitglieder über das Eigentum zu erreichen und

---

<sup>1</sup> Zusammenfassende Übersichten zur Entwicklung der Auffassungen der Wirtschaftsdemokratie und des gegenwärtigen Standes ihrer Verwirklichung sind enthalten u.a. in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2007, Abschnitt Wirtschaftsdemokratie: Die Zukunftsaufgabe, Köln; Ulla Plener, Julia Müller, Heinz-J. Bontrup (2006) Wirtschaftsdemokratie: wieder aktuell, Pankower Vorträge, Heft 89, Helle Panke e.V., Berlin Heinz-J Bontrup (2011) Arbeit, Kapital und Staat, Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Abschnitte 4 und 5, Köln; Detlef Hensche, Demokratisierung der Wirtschaft, Markt und Mitbestimmung – Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung, Sozialismus 1/2011, S. 35 ff

dauerhaft zu sichern. Umfang und Qualität der Wirtschaftsdemokratie können als wichtigster Ausdruck für die reale Vergesellschaftung des Eigentums angesehen werden<sup>2</sup>

- Die Forderungen nach umfassender Wirtschaftsdemokratie in Deutschland waren bei ihrer Herausbildung in den 1920er Jahren und auch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in der Bundesrepublik stark durch ihre enge Verknüpfung mit einem transformatorischen Prozess zur demokratischen Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestimmt. Dem entsprachen Vorstellungen einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft, die alle Ebenen der wirtschaftlichen Tätigkeiten umfasst, vom Betrieb und Unternehmen, über Branchen und Regionen bis zur Gesamtwirtschaft, die Mikro-, Meso- und Makroebene (Bontrup). Dies müsste auf die EU- und die globale Ebene erweitert werden, die sich natürlich im Umfang und in den Realisierungsformen und -instrumenten von den nationalstaatlichen Regeln und Formen unterscheiden werden.
- In den Diskussionen zur Wirtschaftsdemokratie spielen die Forderungen nach der Herstellung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft und nach staatlichen Interventionen in die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Es sollte jedoch davon ausgegangen werden, dass staatliche Interventionen nicht als solche schon ein Element der Wirtschaftsdemokratie sind, sondern nur insofern sie unter demokratischer Mitwirkung und Einflussnahme der Zivilgesellschaft erfolgen sowie im Interesse des Gemeinwohls und der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft liegen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass z.B. gesellschaftliche Regulierung und die Planung nur soweit als ein Bestandteil der Wirtschaftsdemokratie angesehen werden können, wie sie tatsächlich auf allen Ebenen auf der aktiven Mitwirkung der Betroffenen beruht.
- Die Vorstellungen einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft, die auch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse einschließen muss, spielt heute in den Forderungen der Gewerkschaften und der SPD kaum noch eine Rolle. Wirtschaftsdemokratie ist im wesentlichen auf die verschiedenen Formen der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen, eingeschränkt.<sup>3</sup> Zur Erweiterung und Qualifizierung dieser reduzierten Wirtschaftsdemokratie gibt es eine Reihe konkreter Vorschläge: u.a. die erweiterte Anwendung der paritätischen Mitbestimmung und die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Fragen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe und Unternehmen betreffen.
- Die Demokratisierung der Wirtschaft umfasst einen längeren, widerspruchsvollen und konfliktreichen Prozess, dessen Ergebnisse von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bestimmt werden. Sie enthält Aufgaben auf zumindest drei

---

<sup>2</sup> Im überarbeiteten Programmentwurf der LINKEN (Stand Juni 2011) heißt es: „Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird. DIE LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt, und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen sozialen und ökologischen Maßstäben unterwerfen. Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen. Die Demokratie bleibt unvollkommen. Deshalb sehen wir in der Wirtschaftsdemokratie eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus.“

<sup>3</sup> Siehe hierzu aus der neueren Literatur u.a. Detlef Hensche, *Demokratisierung der Wirtschaft*, a.a.O.; Heinz-J Bontrup (2011) *Arbeit, Kapital und Staat*, a.a.O:

zeitlichen Ebenen, die nicht scharf von einander abzugrenzen sind: *Erstens* aktuelle Aufgaben im gegenwärtigen Kapitalismus, wie die Erweiterung der Mitbestimmung durch die Einbeziehung weiterer Gebiete der betrieblichen und Unternehmensentwicklung und die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung. Hierzu gehören auch Forderungen nach Stärkung demokratischer Einflussnahme und Kontrolle von Bereichen, die für das Gemeinwohl und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, wie öffentliche Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Förderung einer Energiewende sowie auch die Stärkung demokratischer Elemente in der Tätigkeit der EU Gremien. *Zweitens* grundlegende Bestandteile eines langfristigen Transformationsprozesses zur Herausbildung einer demokratischen, emanzipativen, solidarischen sozialistischen Gesellschaft. Sie ist schließlich *drittens* eine ständige Herausforderung und Aufgabe in einer sozialistischen Gesellschaft, vor allem für die konkrete Ausgestaltung der Verfügung über das Eigentum und für die gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft. Dabei kommt der Demokratisierung der wirtschaftlichen Regulierung/Planung eine besondere Bedeutung zu, u.a. dem Verhältnis zwischen der Zentrale und den Betrieben und Unternehmen sowie den Regionen und der Verbesserung der Bedingungen für eine demokratische Einflussnahme der Beschäftigten und der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen auf Entscheidungen die für die Arbeit und das Leben der Menschen sowie für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft wichtig sind. Diese Problematik soll im Zentrum der folgenden Überlegungen stehen.

Diese knappe, nicht vollständige Charakterisierung des Inhalts und der generellen Rolle der Wirtschaftsdemokratie für die Art und Weise der gesellschaftlichen Entwicklung soll hier nicht weiter ausgedehnt werden. Sie bildet den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen für die Wirtschaftsdemokratie in einer sozialistischen Alternative.

Um die wirtschaftsdemokratischen Herausforderungen zu begründen, die an eine demokratische, solidarische und emanzipative sozialistische Alternative zum Kapitalismus zu stellen sind, sollen insbesondere folgende Fragen beleuchtet werden:

1. Woran ist der Realsozialismus in der DDR und insgesamt in Europa gescheitert und welche Rolle spielten dabei die grundlegenden Defizite und Schwächen in der Demokratisierung der Gesellschaft, speziell der Wirtschaft, die in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts unbedingt vermieden werden müssen.
2. Welche Rolle haben in der DDR die wirtschaftlichen Reformen in den 1960er Jahren gespielt, die unter dem Namen Neues Ökonomisches System (NÖS) bekannt geworden sind? Hätte ihre Durchsetzung die Lebensfähigkeit des Sozialismus erhalten können?
3. Inwieweit gab es bei der Verwirklichung wirtschaftsdemokratischer Erfordernisse in der DDR neben den grundlegenden Schwächen und Fehlentwicklungen auch bestimmte interessante und nützliche Ansätze und Erfahrungen, die bei Befreiung von administrativ/bürokratischen Einengungen und Entstellungen sowie bei anderen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für eine sozialistische Alternative genutzt und weiterentwickelt werden können?
4. Welche Anforderungen und Probleme müssten bei der Gestaltung einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft bzw. der Wirtschaftsdemokratie in einer

sozialistischen Alternative unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts verwirklicht bzw. gelöst werden?

## **2. Das Scheitern des Realsozialismus**

Eine realistische Vorstellung über eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus kann nicht primär als ein aus theoretischen Überlegungen und noch viel weniger aus Wünschen abgeleitetes Projekt entstehen. Der Sozialismus kann nicht nach einem vorgegebenen Modell herausgebildet und entwickelt werden. Das hat das vergangene Jahrhundert, u.a. mit dem sowjetischen Eigentums-, Staats und Planungsmodell, das auf alle anderen Länder des realsozialistischen Systems in Europa übertragen wurde, nachdrücklich bestätigt. Für die Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Vorstellungen für eine sozialistische Transformation und für eine sinnvolle Diskussion über mögliche und zweckmäßige Strukturen, Entwicklungserfordernisse und anzustrebende Regulationsweisen des Sozialismus ist die gesellschaftliche und speziell wirtschaftliche Praxis, die in bisherigen Transformationsprozessen gesammelten praktischen Erfahrungen sowie deren theoretische Analyse und Verallgemeinerung eine unverzichtbare Grundlage.

Die Ausarbeitung eines strategischen Projekts sozialistischer Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die folgenden beiden Aufgaben gleichzeitig zu lösen: die Analyse der Widersprüche, Konflikte, Probleme und neuen Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Umwelt- und Klimakrise und die Analyse der Gründe, die zum Scheitern des Realsozialismus führten.

Die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern ist gekennzeichnet durch die zunehmende Unterordnung der Politik und der gesamten Gesellschaft unter die höchstmögliche Kapitalverwertung, die marktwirtschaftliche Durchdringung aller Lebensbereiche und die Dominanz des Finanzkapitals gegenüber der Realwirtschaft. Aus den gegenwärtigen krisenhaften Prozessen und Konflikten des Kapitalismus ergibt sich, dass der Um- und Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ökonomie – Sozialem – Umwelt für ein sozialistisches Transformationsprojekt eine Schlüsselstellung zukommt, und dass es hierfür notwendig ist, das Primat der Politik – im Sinne einer wirklich demokratisch legitimierten, emanzipatorischen Politik – herzustellen.

Die Erfahrungen des Realsozialismus im 20. Jahrhundert spielen eine äußerst wichtige Rolle für einen sachlichen, auf Erkenntnisgewinn gerichteten Diskurs zur Problematik eines Sozialismus im 21. Jahrhundert. Ohne die Erfahrungen der UdSSR, der DDR und der anderen Ländern des sozialistischen Lagers gründlich auszuwerten, würde auf eine entscheidende Erkenntnisquelle verzichtet werden. Dies gilt in doppelter Hinsicht. Einerseits für positive, aufhebenswerte und natürlich in einem neuen Sozialismusprojekt weiterzuentwickelnde und den veränderten Bedingungen anzupassende Leistungen und Erfahrungen des Realsozialismus auf vielen Gebieten, einschließlich der Planung. Andererseits aber auch für die tiefgreifenden Entstellungen des Sozialismus und die systemischen Fehlentwicklungen, die in einem neuen Sozialismusversuch unbedingt vermieden werden müssen. Die fehlende Bereitschaft zur Selbstkritik und zur

Durchführung notwendiger Reformen oder transparenter Korrekturen, waren entscheidende Gründe für das Scheitern des Realsozialismus.

Es kann kein fertiges Modell des Sozialismus geben, der anzustrebenden konkreten Eigentumsstrukturen und sozialen Beziehungen sowie der Art und Weise der Regulation der gesellschaftlichen Entwicklung und der hierfür anzuwendenden Instrumente. Die Lebens- und Leistungsfähigkeit eines zukünftigen Sozialismus ist daher in hohem Grade von der Bereitschaft und Fähigkeit abhängig, die Praxis ständig zu analysieren, Fehlentscheidungen und Irrtümer auch als solche zu charakterisieren und notwendige Korrekturen rechtzeitig, transparent und öffentlich kontrollierbar vorzunehmen sowie Konsequenzen aus veränderten Bedingungen und neuen Erfordernissen zu ziehen.

Bei der Realisierung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus gab es in der DDR und den anderen realsozialistischen Ländern grundlegende, strukturelle Mängel und Fehlentwicklungen insbesondere auf folgenden Gebieten, die für die gesellschaftliche und speziell für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend sind

- *Bei der Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Gesellschaft: Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung, Solidarität, Demokratie sowie in der Lebensweise und in der Arbeit.*

Dies äußerte sich auch in den unterentwickelten, einseitigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, in dem realen Übergewicht des Staates, dabei speziell als Machtorgan, in diesen Beziehungen und in der unzureichenden Gestaltung der Vermittlungsglieder zwischen Staat und Gesellschaft. Dies zeigte sich insbesondere in der Überdimensionierung zentralistischer Planung bei mangelhaften Möglichkeiten der realen Rückkopplung mit den Interessen und Bedürfnisse der Basis, der Menschen, der Wirtschaftssubjekte sowie der Regionen. Die Möglichkeiten gesellschaftlichen Eigentums für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie wurden nicht genutzt.<sup>4</sup>

Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft blieben in der gesamten Zeit der Existenz des Realsozialismus nicht immer gleich. In bestimmten Perioden traten in der DDR Repressionen verstärkt in den Vordergrund, z.B. 1952/53 vor dem 17. Juni und 1956 im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn, zu anderen Zeiten gab es wiederum Tendenzen einer größeren Offenheit und Liberalität, z.B. in der Zeit der Einführung des NÖS, die aber bei auftretenden Problemen meist wieder recht schnell eingeschränkt und auch abgebrochen wurden.

- *Bei der Herausbildung eines den Bedürfnissen der Menschen und ökologischen Erfordernissen entsprechenden Produktions- und Reproduktionstyps sowie Pfades einer ökologisch und sozial zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung.* Die ökonomische Entwicklung verlief in den realsozialistischen Ländern weitgehend nach dem Muster kapitalistischer

---

<sup>4</sup> „... das sowjetische Wirtschaftsmodell, das wesentlich in der Stalinzeit entstanden war und nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion den Ländern ihres Einflussbereichs präsentiert wurde, war durch Übermaß an Zentralismus und praktischer wie ideeller Geringschätzung der Ware-Geld-Wirtschaft charakterisiert.“ (Nick 2003: 85)

Modernisierung. Dies betraf vor allem die Entwicklung der Wirtschafts-, der Produktions- und auch der Konsumtionsstrukturen sowie der Technik.

- *In der Kreativität, Innovationsfähigkeit und -stärke sowie in der Entwicklung der Produktivität und Effizienz der Wirtschaft*, die insbesondere in den 1980er Jahren zu anwachsenden Rückständen gegenüber den kapitalistischen Ländern führten.
- *In der Sicherung eines bedarfs- und qualitätsgerechten Angebots an Waren und Dienstleistungen*. Es gab verbreitete Mangelerscheinungen bei für das Leben der Menschen wichtigen Konsumgütern und in der Bereitstellung von Ausrüstungen, Materialien und Zulieferungen für die Betriebe. Diese führten zur einer starken Unzufriedenheit der Bevölkerung, zur Schwächung der Leistungsmotivation der Beschäftigten in den Betrieben und insgesamt zu größeren Effizienzverlusten im gesamten Reproduktionsprozess.
- *Im notwendigen raschen, flexiblen Reagieren der Produktion auf Bedarfsveränderungen und Innovationen*, die u.a. zu Rückständen im Innovationsprozess und Verlusten im Export – geringere Exporterlöse – führten.

Der Realsozialismus wurde durch eine völlig unzureichende Demokratieentwicklung, insbesondere die weitgehend fehlende Wirtschaftsdemokratie und schwache zivilgesellschaftlicher Strukturen, geringe Transparenz von Entscheidungen, fehlende demokratische öffentliche Kontrolle negativ geprägt.

Die Eigentumsstrukturen wurden durch die Verstaatlichung bestimmt . Es gab keine reale Vergesellschaftung im Sinne einer tatsächlichen und solidarischen Verfügung der Produzenten über die Ergebnisse ihrer Arbeit, kein wirkliches Volkseigentum, keine pluralistischen Eigentumsverhältnissen und auch keine demokratische Regulierung der Wirtschaft.<sup>5</sup> Dies gilt auch für die unzureichende Herausbildung solidarischer und effizienter Wirtschaftsbeziehungen im internationalen Maßstab zwischen den realsozialistischen Ländern.

In der DDR gab es keinen Mangel an eigentlich vernünftigen Losungen. Das Problem bestand darin, dass häufig zwischen ihrem Inhalt und der Realität eine große Kluft bestand. Das trifft z.B. für die Losung zu „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ zu. Sie bringt eigentlich wesentliche wirtschaftsdemokratische Anforderungen einer sozialistischen Gesellschaft richtig zum Ausdruck. Das Problem war „nur“, dass die drei Elemente völlig unterschiedlich praxiswirksam wurden: Arbeite mit – ja, plane mit – stark eingeschränkt, regiere mit – faktisch Fehlannonce.

Es geht bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus vor allem darum, hieraus Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen. Bei dieser Analyse stehen naturgemäß die ungelösten Probleme und Defizite im Vordergrund. Das darf aber nicht dazu führen, wichtige positive Erfahrungen der über 70 bzw. 40 jährigen Geschichte des Realsozialismus außer Acht zu lassen. Diese beziehen sich nicht nur auf die bekannten Leistungen in der Bildung, gesundheitlichen Versorgung, Kultur, auf die Erleichterungen für die Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit, die sehr wichtig waren für die Gleichstellung der Frauen, auf

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch das Programm der PDS von 1993, Abschnitt 2

die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, sondern auch auf Veränderungen im Sozialverhalten der Menschen.

Ein neuer sozialistischer Versuch wird nur auf demokratischer Grundlage und mit friedlichen Mitteln erfolgreich sein. Er muss die Angst und Zukunftsunsicherheit der Menschen berücksichtigen und möglichst realistische Wege aufzeigen, wie die Probleme der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit in einem Transformationsprozess zu einer alternativen Gesellschaft gelöst werden können. Dabei gilt es Vereinfachungen und nicht einlösbare Versprechungen zu vermeiden. Es müsste auch deutlich werden, dass es hierfür keinen festen „Programmablauf“ geben kann, sondern die Einstiegsprojekte und die erforderlichen Schritte stets mit gewonnenen neuen Erfahrungen und Erkenntnissen konfrontiert werden, um entsprechende Korrekturen, Modifikationen oder neue Weichenstellungen vorzunehmen.

Ein neuer sozialistischer Versuch darf natürlich nicht auf den Rahmen eines Nationalstaates begrenzt werden. Er wird erst recht unter den heutigen Bedingungen globaler Finanzmärkte und transnationaler Konzerne nur dann Erfolgchancen haben, wenn er durch international koordinierte Aktionen und Maßnahmen, für uns besonders in der EU, zu einer Regulierung dieser Finanzmärkte und zu einer Begrenzung der Macht internationaler Finanzinstitutionen und transnationaler Konzerne führt.

### **3. Das Neue Ökonomische System (NÖS) und seine Rolle in der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der DDR**

Für die Beurteilung der Reformfähigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten des Realsozialismus in der DDR kommt der Analyse des NÖS, seiner richtigen Ansätze ebenso wie seiner substanziellen Defizite, einer Analyse seiner Ergebnisse und der Ursachen für seinen Abbruch eine wichtige Rolle zu.<sup>6</sup>

Das NÖS wurde in den Jahren 1962/63 intensiv vorbereitet, Das Inkrafttreten dieser Reform kann mit dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 und der Veröffentlichung der Richtlinie zur Einführung des NÖS im Juni dieses Jahres datiert werden. Seine umfassendste Wirksamkeit hatte es in den Jahren 1964 und 1965. Ende 1965 fand das 11. Plenum des ZK der SED, das sogenannte „Kahlschlagplenum“, statt, auf dem vor allem Liberalisierungstendenzen in der Kultur einer rigiden, scharfen Kritik unterzogen wurden, die nicht ohne negative Auswirkungen auf das NÖS blieb. Weitere Einschnitte gab es 1968 mit dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei, die zum Ende des Prager Frühlings führten. 1970/71 war das NÖS definitiv zu Ende. Auf dem 14. Plenum des ZK der SED im Dezember 1970 gab es eine grundsätzliche Kritik an der Wirtschaftspolitik Ulbrichts und an wichtigen Grundzügen

---

<sup>6</sup> Zum NÖS ist eine umfangreiche Literatur erschienen. Einen guten und komplexen Einblick in das NÖS, in die Bedingungen seiner Entstehung, in seine Grundlagen und Funktion, in seine Wirksamkeit und in die Gründe für den Abbruch dieses bedeutendsten Reformversuchs in der 40jährigen Geschichte der DDR gibt die Publikation der Ergebnisse eines Workshops den die „Helle Panke“ zum Neuen Ökonomischen System der DDR im Januar 2000 veranstaltete. Die Ergebnisse des Workshops, auf dem Grundprobleme des NÖS unter unterschiedlichen Gesichtspunkten der Autoren analysiert wurden, sind in zwei Heften der Pankower Vorträge unter dem Titel „ eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR“ Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren, Hefte 23/1 und 23/2 .Berlin 2000, enthalten.

des von ihm maßgeblich initiierten NÖS. Wenig später, im Mai 1971, erfolgte der Rücktritt Ulbrichts. Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wurde eine wieder stärker auf die dirigistische Planung und Leitung gerichtete Wirtschaftspolitik beschlossen, womit sich die SED faktisch von den Grundideen des NÖS verabschiedete.<sup>7</sup>

Die Wachstumsraten der Produktion gingen in den Jahren 1961-1963 gegenüber der zweiten Hälfte der 1950er Jahren auf etwa ein Drittel zurück. Es wurde klar, dass die extensiven Wachstumsquellen weitgehend erschöpft waren, dass insbesondere die Innovativität und Effizienz der Wirtschaft der DDR zunehmend hinter der Westdeutschlands zurückblieben, und dass zur Überwindung dieser Schwächen ein grundlegende Wirtschaftsreform notwendig war. Ursachen dieser Schwächen wurden insbesondere in der zentralistischen, administrativen und starren Leitung und Planung, in der unzureichenden ökonomischen Motivierung der Betriebe an Produktivitäts- und Effizienzsteigerung und einer bedarfsgerechter Produktion sowie in der Missachtung der Wirksamkeit des Markts und seiner Kategorien gesehen. Die Wirtschaftsreform sollte zur Überwindung dieser Mängel und Schwächen führen.

Das neue ökonomische System sollte vor allem dazu beitragen, die Effizienz der Produktion und des gesamten Reproduktionsprozesses zu erhöhen, um dadurch auch wieder eine höhere wirtschaftliche Dynamik zu erreichen, und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beschleunigt und umfassend zu nutzen.

Die wichtigsten Veränderungen, die mit dem NÖS in Angriff genommen wurden, um diese Zielstellungen zu erreichen, bestanden darin, die Eigenverantwortung der Betriebe und Vereinigungen der volkseigenen Betriebe (VVB), die später größtenteils zu Kombinat umgebildet wurden, zu erhöhen, die ökonomischen Interessen der Betriebe stärker zu berücksichtigen, damit sie zu einer wichtigen Bedingung für die Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse der Betriebe werden. Das sollte insbesondere erreicht werden durch:

- Eine höhere Rolle des Perspektivplans (in der Regel Fünfjahrplan) gegenüber den Jahresplänen und seine Konzentration auf wenige zentrale Eckdaten.
- Einen größeren Entscheidungsspielraum für die Betriebe und eine höhere Flexibilität der Produktion, indem sie weniger verbindliche Vorgaben (Planauflagen) erhielten und über einen größeren Teil des Gewinns selbst bestimmen können.
- Stärkere Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Betriebe an einer effektiven Nutzung ihrer Ressourcen, d.h. an einer intensiv erweiterten Reproduktion. Dazu sollten die Investitionsmöglichkeiten der Betriebe für Modernisierung und Kapazitätserweiterung direkt an die erzielten ökonomischen Ergebnisse, vor allem an die Höhe und Dynamik der Gewinne, gekoppelt werden – Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Investitionen anstelle der Zentralisation der Gewinne im Staatshaushalt und ihrer zentralen Umverteilung. Als Steuerungsinstrument hierfür sollten langfristige Gewinnnormative ausgearbeitet werden.
- Veränderungen in den Kriterien zur Beurteilung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe. Während bisher die Kennziffern der quantitativen Produktionssteigerung, vor allem

---

<sup>7</sup> Vgl. ebendort, S. 6f.



die industrielle Warenproduktion, im Vordergrund standen, sollten die Ergebnisse der Betriebe und VVB vor allem nach Kriterien der Effizienz und der Qualität der Produktion beurteilt werden: Nettoproduktion, in der die Senkung des Aufwands an vergegenständlichter Arbeit zum Ausdruck kommt, Selbstkostensenkung, Gewinnentwicklung. Hierfür sollten u.a. durch die Vervollkommnung der Preisbildung und die Bildung der schon erwähnten langfristige Gewinnnormative Voraussetzungen geschaffen werden..

Zu welchen Ergebnissen führten nun die Wirtschaftsreformen zur Einführung des NÖS? Zweifellos trug die Diskussion der mit dem NÖS verbundenen Probleme dazu bei, das ökonomische Denken in den Betrieben und wirtschaftsleitenden Organen, das Erkennen der ökonomischen Bedingungen und Zusammenhänge der Wirtschaftsprozesse, der Beziehungen zwischen Innovationen und Effizienz zu fördern. Die Zeiten des NÖS waren zweifellos auch die fruchtbarste Periode für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR und für interessante und anregende Debatten unter den Ökonomen.

Auf dem Gebiet direkt messbarer ökonomischer Effekte waren die Ergebnisse widersprüchlich. Nach den Stagnationsjahren Anfang der 1960er Jahre gab es ab 1964 ein kontinuierlicheres Wachstum auf relativ hohem Niveau, um 5% jährliches Wachstum des Nationaleinkommens und der industriellen Produktion. Es gelang die Potenziale der lebendigen Arbeit besser auszunutzen und verdeckte Arbeitslosigkeit abzubauen sowie das vorhandene Produktionspotenzial besser auszulasten.)<sup>8</sup> Dazu haben die Reformmaßnahmen des NÖS beigetragen. Welchen Anteil sie daran hatten und wie viel auf die Grenzschießung im August 1961 zurückzuführen war, kann jedoch nicht ermittelt werden.

Die Grundlegenden Defizite der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Bedingungen des Realsozialismus wurden jedoch auch in der Zeit des NÖS nicht überwunden. Wesentliche Hemmnisse für die Erhöhung der Effektivität und für die Verbesserung der Innovationsfähigkeit blieben bestehen.

Hier hat es sich ausgewirkt, dass im Unterschied zu Ungarn (Janos Kornai) und der Tschechoslowakei (Ota Sik) kaum daran gearbeitet wurde eine fundierte theoretische Basis für das NÖS zu schaffen. Als zentrale Aufgabe des NÖS wurde festgelegt: „ die organische Verbindung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit in der Wirtschaft und der zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen systems ökonomischer Hebel.“<sup>9</sup> Es ging um die Art und Weise der Planung und Leitung und um die wirksamere ökonomische Stimulierung und *nicht um grundlegende Fragen der Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaftsordnung*<sup>10</sup> wie: die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und die reale Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, sind Marktwirtschaft und Planung in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zu vereinbaren, die Rolle des Markts und der Marktbeziehungen für die Preisbildung, die Funktion der politischen und

<sup>8</sup> Vgl. hierzu: Jörg Roesler (2006), Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe; S.105 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische system der Planung u d Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1963, S. 10

<sup>10</sup> Vgl. Ulrich Busch, Theoriedefizite des NÖS, in: „ eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR“ a.a.O. S. 36 ff.

ökonomischen Macht in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft und um notwendige Veränderungen in der Auffassung des demokratischen Zentralismus.

Ein weiterer relevanter Unterschied zur Diskussion in der Tschechoslowakei, wo die Vorstellungen zur Herausbildung eines menschlichen Sozialismus stark im Vordergrund standen, bestand darin, dass Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaftsdemokratie kaum eine Rolle spielten. Die Ausarbeitung der Grundlagen und der konkreten Regelungen für das NÖS und die Diskussionen um das NÖS waren im wesentlichen eine Angelegenheit der Partei- und Wirtschaftsfunktionäre und von Wissenschaftlern. Die Belegschaften der Betriebe und die Zivilgesellschaft waren darin kaum einbezogen.

Die Wirksamkeit des NÖS, vor allem die Entfaltung seiner potenziellen Möglichkeiten für einen lebens- und entwicklungsfähigen Sozialismus, wurde insbesondere von vier wesentlichen Hemmnissen gestört:

*Erstens* ist es während der gesamten Zeit der Existenz des NÖS nicht gelungen, die vorgesehenen Regelungen, ohne die das Gesamtsystem nicht richtig funktionieren konnte, vollständig auszuarbeiten und in die Wirtschaftspraxis einzuführen. Dies bezieht sich insbesondere auf das System langfristiger Normative der Gewinnverwendung, die eine substanzielle Voraussetzung für die Wirksamkeit des NÖS, insbesondere für die Eigenerwirtschaftung der Investitionen, waren, auf die Herausbildung der notwendigen neuen Qualität der Perspektivpläne, deren Funktion als langfristig stabiles Steuerungselement der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung, das auch auf Änderungen flexibel reagieren kann, nie realisiert werden konnte, und auf die Schaffung eines Preissystems, das seine Funktion für eine objektive Bewertung der Wirtschaftsleistung und als Basis für die Wirksamkeit des gesamten Systems ökonomischer Hebel, nur äußerst unvollkommen erfüllen konnte. Der Preisbildung lag im wesentlichen noch die falsche Vorstellung zugrunde, dass es möglich sei, den objektiven Wert adäquat in administrativ festgelegten staatlichen Preisen wiederzuspiegeln. Es gelang nicht, die Defizite in den theoretischen Grundlagen der Preisbildung zu überwinden.

*Zweitens* gab es in der gesamten Periode des NÖS, der Vorbereitung, der Erprobung verschiedener Elemente und der praktischen Einführung ständig offene oder auch versteckte Widerstände nicht nur im Politbüro der SED und in der Regierung, sondern auch in manchen Bezirks- und Kreisleitungen der SED, die nicht selten die Arbeit zur Einführung des NÖS in den VVB und Betrieben störten. Diese Widerstände und Störungen verstärkten sich bei auftretenden ökonomischen Schwierigkeiten und trugen in der letzten Phase zum Abbruch der Reformen bei.

*Drittens* wurde die praktische Einführung und Anwendung des NÖS dadurch gestört und auch in Misskredit gebracht, dass wesentliche Elemente überzogen wurden, teilweise illusionäre Vorstellungen hervorriefen, z.B. durch die Losung „überholen ohne einzuholen“, und durch Aufnahme neuer, zusätzlicher Aufgaben in die ausbilanzierten Pläne, die für die Vervollkommnung der Strukturentwicklung notwendig seien, die aber in der Realität meist zu Disproportionen, Versorgungsschwierigkeiten und Produktionsausfällen an anderen Stellen führten.

*Viertens* ergaben sich aus den internationalen Bedingungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Machtwechsel in der Sowjetunion durch den Sturz von Chruschtschow und die Machtübernahme durch Breschnew im Oktober 1964 und durch den Einmarsch von Streitkräften des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei eine für die Fortführung des NÖS sehr ungünstige Konstellation, die von den konservativen Gegnern des NÖS für einen Machtwechsel durch den Sturz Ulbrichts im Mai 1971. genutzt wurde. Dieser Machtwechsel schlug sich auch in der Liquidierung des NÖS nieder.<sup>11</sup>

Es gab zwei Grundprobleme die während der gesamten NÖS Zeit faktisch tabu blieben, und die eine konsequente ökonomische Reform und die Herausbildung einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie verhinderten. Das war einmal das Abwehren aller Schritte, die die Machtfrage berührten, die die Sicherung der politischen Macht der SED und der führenden Rolle der Partei gefährden konnten. Ein konsequentes Durchsetzen der Grundgedanken des NÖS, insbesondere der höheren Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate sowie auch der regionalen Einheiten, die mit dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel untrennbar verbunden waren, stand im Widerspruch zum politischen System der DDR, hätte seine Veränderung verlangt. Damit waren Bestrebungen zur Demokratisierung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft von vornherein grundsätzlich eingeschränkt. Zum anderen betraf dies die Ablehnung einer Preisbildung auf der Grundlage der Markgesetze und der konkreten Marktbeziehungen. Durch die Beibehaltung des Systems der administrativen Preisfestlegung erhielt auch das ökonomische Gerüst des NÖS, das System untereinander verflochtener ökonomischer Hebel, einen stark administrativen Charakter. Damit konnte es seine eigentliche Funktion, die ökonomischen Interessen der Betriebe stärker zu berücksichtigen, die Betriebe, Arbeitskollektive, die Leiter, Forscher und Arbeiter wirksamer für die bessere Nutzung der Ressourcen, die Steigerung von Produktivität und Effektivität und die Innovationstätigkeit zu motivieren, nur unvollständig erfüllen.<sup>12</sup>

Ohne die Bereitschaft und Fähigkeit, diese beiden Grundprobleme kreativ, auf eine neue Art und Weise zu lösen - ein entscheidendes Kriterium für die Reform- und

---

<sup>11</sup> Wie weit die Bemühungen gingen, die Vorstellungen des NÖS auch im Denken der Menschen zu überwinden, zeigt sich z.B. darin, das im „Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus“ der Begriff Neues ökonomisches System nicht mehr aufgenommen wurde, sondern nur auf die Stichworte Ökonomisches System des Sozialismus und Wirtschaftspolitik der SED verwiesen wird, bei denen dann die eigentlichen Probleme, die mit dem NÖS in Angriff genommen wurden, gar nicht mehr auftauchen. Das Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus – ihre Anwendung in der DDR“, das 1969 in einer Millionenaufgabe erschien, und in dem politökonomische Probleme des Sozialismus unter dem Blickwinkel des NÖS behandelt wurden, verschwand nach dem Abbruch des NÖS sehr rasch aus den Buchläden und Bibliotheken.

<sup>12</sup> Harry Nick schrieb in einem 1968 in der Zeitschrift Einheit veröffentlichten Beitrag: „Ein wirklich modernes System der Planung und Leitung muss gewährleisten, dass diejenigen Faktoren des ökonomischen Fortschritts, die nur vom Gesamtsystem her erschlossen werden können, ebenso genutzt werden wie diejenigen, die durch die relative Selbstoptimierung der volkswirtschaftlichen Teilsysteme, vor allem der Betriebe, wirksam werden.... Die Betriebe werden in die Lage versetzt, ihren Reproduktionsprozess eigenverantwortlich und langfristig zu optimieren. Sie erhalten im Gewinn ein eindeutiges Optimalitätskriterium und sind am Wachstum des Gewinns normativ beteiligt, wobei die Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln bzw. aus Krediten finanziert werden müssen. ...Wir gehen also von der Existenz relativ eigenständiger betrieblicher Interessen aus, gestalten die Wirtschaftsbeziehungen aber so, dass der Betrieb diese Interessen nur in dem Maße befriedigen kann, wie er echte volkswirtschaftliche Leistungen erbringt.« (Harry Nick, Was heißt marktwirtschaftlicher Sozialismus? Einheit 1/1968, S. 1310 ff.). Diese auch heute gültige Feststellung blieb in dieser Zeit allerdings eine Forderung, die kaum realitätswirksam wurde.

Entwicklungsfähigkeit des Realsozialismus – hätte, auch ohne Abbruch des NÖS, das Scheitern des sozialistischen Versuchs nicht verhindert werden können. Daraus folgt: *das NÖS war ein wichtiger Schritt zur effektiven Gestaltung des Wirtschaftsmechanismus des Sozialismus, insbesondere zur Vervollkommnung seiner Regulierungsweise. Auf seiner Grundlage konnten auch wichtige positive Ergebnisse erzielt werden. Das NÖS konnte aber nicht ausreichen um die Lebensfähigkeit des Realsozialismus dauerhaft zu sichern. Dazu wären weitergehende Schritte notwendig, die aber unter den politischen Bedingungen der DDR und infolge der Vormachtstellung der Sowjetunion im sozialistischen Lager verhindert wurden. D.h. sie scheiterten an der Unfähigkeit des Realsozialismus, grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen.*

#### **4. Inwieweit gab es in der DDR wirtschaftsdemokratische Ansätze und Erfahrungen, die für eine sozialistische Alternative genutzt und weiterentwickelt werden können?**

Es gibt einige Komplexe bei denen es in der DDR positive wirtschaftsdemokratische Ansätze und Erfahrungen gab, deren Analyse und Auswertung für die Ausarbeitung und Diskussion alternativer Vorstellungen für einen nichtkapitalistischen Weg wichtig und interessant sein können. Diese positiven Ansätze konnten jedoch insgesamt infolge der ungelösten Grundfragen der Demokratisierung der Gesellschaft, der zentralistischen Planung und Leitung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der geringen wirtschaftlichen Spielräume der Betriebe und Unternehmen sowie der unzureichenden Berücksichtigung ihrer ökonomischen Interessen im Wirtschaftsmechanismus nur schwach und unvollständig zur Wirksamkeit gelangen.

M.E. sind in diesem Zusammenhang vor allem folgende Komplexe von Interesse:

**Plandiskussionen und Produktionsberatungen in den Betrieben**, die von den Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam mit der Betriebsleitung vorbereitet und organisiert wurden. In ihnen ging es um die Diskussion der Planaufgaben und von Problemen der laufenden Plandurchführung. Im Vordergrund sollten die hierfür wichtigen Fragen des technisch-organisatorischen Fortschritts zur Steigerung der Produktivität und Effizienz der Produktion und der Qualität der Erzeugnisse, die Überwindung von Hemmnissen für eine kontinuierliche Produktion, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten stehen. Die Qualität dieser Grundformen wirtschaftsdemokratischer Einflussnahmen in den Betrieben und Unternehmen sowie auch in den wirtschaftsleitenden Organen war recht unterschiedlich. Die unterbreiteten Vorschläge blieben häufig folgenlos, wodurch das Interesse der Beschäftigten an ihnen erlahmte oder auch erlosch. Die Vorschläge, die in den betrieblichen Planentwürfen ihren Niederschlag fanden, hatten ein unterschiedliches „Schicksal“. Soweit sie ohne zusätzlichen Ressourceneinsatz realisiert werden konnten wurden sie in die verbindlichen Planaufgaben der Betriebe meist aufgenommen, soweit daran andere Voraussetzungen geknüpft waren, die durch Ressourcenknappheit auf Probleme stießen, blieben sie weitgehend unberücksichtigt. Die reale Mitbestimmung über grundlegende und perspektivische Entwicklungsprobleme der Betriebe und Kombinate blieb insgesamt marginal,

In der Qualität der Plandiskussion und im Umfang, in dem sich die Belegschaften daran beteiligten, zeigten sich zwei Grundprobleme. Erstens: Die Betriebe und Arbeitskollektive waren an „weichen“ Plänen interessiert, da die Bewertung ihrer Tätigkeit und die gesellschaftliche Anerkennung oder öffentliche Kritik im wesentlichen von der Planerfüllung abhängig waren. Auch die materiellen Anreize in Form von Jahresendprämien waren weitgehend an die Planerfüllung gekoppelt. Das Interesse der Betriebe und Kombinate war dadurch *weniger auf die optimale Nutzung aller Ressourcen als auf die Bereitstellung von Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Ausrüstungen u.ä.) gerichtet*. Es fehlte der direkte Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Ergebnissen der betrieblichen Reproduktionsprozesse – der Kostensenkung, der Einsparung nicht nur an lebendiger Arbeit, sondern verstärkt auch an Energie, Rohstoffen und Material sowie der besseren Nutzung der Produktionsanlagen – und den Möglichkeiten der Betriebe für ihre zukünftige Entwicklung durch Eigenerwirtschaftung der Investitionsmittel und das Verbleiben eines größeren Teils des Gewinns in den Betrieben. Dadurch gab es auch keinen ökonomischen Druck auf die Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse der Betriebe der annähernd dem Konkurrenzdruck im Kapitalismus entsprach. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass infolge der administrativ festgelegten Preise, dem weitgehenden Ausschließen von Marktpreisen, auch der Gewinn und seine Entwicklung erheblich von subjektiven Faktoren beeinflusst wurde und kaum als objektiver Gradmesser zur Beurteilung der betrieblichen Reproduktion funktionieren konnte.<sup>13</sup>

Daraus ergab sich ein weiteres Problem: Die im Ergebnis der Plandiskussion entstandenen Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien blieben oft nicht nur hinter den teilweise unrealistischen Zielvorgaben, sondern auch hinter den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. In den Planberatungen auf der jeweils übergeordneten Ebene wurden wesentliche Korrekturen an den Planangeboten vorgenommen, Zielstellungen für das Wachstum von Produktion und Produktivität häufig erhöht, und zugleich die den Betrieben bereitzustellenden Ressourcen reduziert. In deren Folge wichen die Inhalte der Pläne immer mehr von den Vorschlägen der unteren Wirtschaftseinheiten ab.

Diese Probleme konnten auch in der Zeit des NÖS nicht gelöst werden. Dazu waren nicht nur die Zeit zu kurz, sondern auch die Bedingungen für eine weitergehende Reformierung des Wirtschaftssystems nicht vorhanden.

Hauptgründe dafür, dass die Plandiskussionen und Produktionsberatungen nicht zu einer tragenden Form der Wirtschaftsdemokratie wurden, lagen in den grundlegenden Demokratiedefiziten im Realsozialismus. Die Konzentration der Macht im Politbüro der SED und die zentralistische Leitung und Planung der Volkswirtschaft verhinderten die

---

<sup>13</sup> Harry Nick hat in mehreren Publikationen die Planwirtschaften als Mangelwirtschaften bezeichnet und den Dauermangel als eine Folge der auch im NÖS ungelösten Probleme charakterisiert. Dieser habe nicht nur die Wirtschaft der DDR stark gestört und vor allem die Leistungsmotivation gelähmt, sondern war nach Harry Nick „die wichtigste und unmittelbare Ursache aller Schwächen dieses Wirtschaftssystems“. (Nick, Harry (1994), Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist, hefte zur ddr – geschichte, Helle Panke e.V. Heft 21 S.26, Berlin). Inwieweit „Mangelwirtschaft“ und „Dauermangel“ die richtigen Begriffe sind um die verbreiteten Mangelerscheinungen im Realsozialismus zu charakterisieren, und ob dies die wichtigste Ursache aller Schwächen im Realsozialismus war, darüber gehen die Meinungen unter „DDR-Ökonomen“ auseinander. Meiner Meinung bringt der von Kornai als Buchtitel benutzte Begriff „Economics of shortage“ diese Problematik der realsozialistischen Länder besser zum Ausdruck.

Delegierung wichtiger Entscheidungsvollmachten in die Betriebe und Kombinate und die Herausbildung konsequenter Formen der Wirtschaftsdemokratie an der Basis. Hemmend wirkte sich auch die schon erwähnte Tatsache aus, dass der praktizierte Wirtschaftsmechanismus dazu führte, dass die wirtschaftliche Effizienz, insbesondere der erzielte Gewinn der Betriebe, außer in einigen Betrieben und VVB die Experimente zur Eigenerwirtschaftung durchführten, kaum eine Rolle für die Entwicklung des Reproduktionsprozesses der Betriebe spielte, da fast der gesamte Gewinn an den Staatshaushalt abgeführt werden musste. Die Starrheit und geringe Flexibilität des Reproduktionsprozesses war ein weiterer Faktor, der die Motivation der Belegschaften schwächte, mit Engagement an der Entwicklung des Betriebes teilzunehmen.

Zusammenfassend ergibt sich: Die Plandiskussion und überhaupt die Produktionsberatungen in den Betrieben und Unternehmen enthalten bedeutsame Potenziale für eine wirksamere Wirtschaftsdemokratie. Sie müssten natürlich weiterentwickelt, von Starrheit und Bürokratisierung befreit werden, größere Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen erhalten und eng mit der Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens verknüpft werden.

**Das System der Planverteidigung** – Verteidigung der Planvorschläge vor der nächst höheren Leitungsebene – Betriebe vor der Kombinateleitung, Kombinate vor den Ministerien, Ministerien vor der Plankommission und der Gesamtplan vor der Regierung und danach im Parlament (in der DDR Volkskammer und ihren Ausschüssen). Entsprechend erfolgten auch die Planverteidigungen der regionalen Leitungs- und Planungsorganen. An diesen Beratungen nahmen jeweils Vertreter der zuständigen Gewerkschaftsorganisation teil. Die Schwächen lagen hier u.a. darin, dass der gewerkschaftliche Einfluss meist marginal blieb, dass es kaum andere zivilgesellschaftliche Organisationen, wie Umweltverbände, Organisationen des Verbraucherschutzes u.ä. gab, die in diese Planverteidigungen hätten einbezogen werden müssen, dass im Ergebnis dieser Verteidigungen teilweise unrealistische Aufgaben festgelegt oder wenig begründete Korrekturen an den Planvorschlägen vorgenommen wurden, um die Übereinstimmung mit den sogenannten volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu sichern. Auf den Inhalt der Planverteidigungen wirkte sich natürlich auch die ungleiche Machtverteilung zwischen der Zentrale und den nachgeordneten Leitungen aus.

Auch hier gilt, dass es bei grundlegenden Änderungen im Gesamtsystem der Planung und Leitung einer sozialistischen Volkswirtschaft wichtige Möglichkeiten für den Ausbau und die Stärkung der Wirtschaftsdemokratie gibt. Dafür sind u.a. folgende Veränderungen notwendig:

- Einbeziehung weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen und Interessenverbände und Stärkung ihres Einflusses und des Einflusses der Gewerkschaften auf die Entscheidungen, vor allem solcher, die die Lebensqualität, die Arbeitsbedingungen und den sozial-ökologischen Umbau betreffen. Beseitigen der überzogenen Zentralisierung von Leitungs- und Planungsprozessen – Konzentration der zentralen Planung auf Prozesse, die für die Gesamtwirtschaft bestimmend sind, insbesondere auf solche, die mit dem Einsatz größerer Investitionspotenziale und mit der Durchführung von Strukturveränderungen der Produktion verbunden sind

- radikale Verringerung der im Plan festgelegten Nomenklaturen und Kennziffern der Pläne,
- Qualifizierung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine leistungsfähige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit einem adäquaten, reaktionsfähigen Informationssystem.

Als wichtiger Bestandteil des Planungssystems wurden in den Territorien, in den Städten, Kreisen und Bezirken (in der DDR waren Anfang der 1950er Jahre die 5 Länder in 14 Bezirke umgewandelt worden) Planvorschläge und Pläne ausgearbeitet. In den 14 Bezirken und in der Hauptstadt der DDR Berlin wurden **territoriale Komplexberatungen** durchgeführt. Hier kamen Vertreter der Regionen, der Branchen (Ministerien und Kombinate), der Querschnittsbereiche (Ministerien für Finanzen, Außenhandel, Wissenschaft und Technik, Materialwirtschaft u.a.) und der Staatlichen Plankommission (SPK) unter Leitung von Regierungsmitgliedern zusammen, um gemeinsam über die zukünftige Entwicklung zu beraten sowie erforderliche Festlegungen zu treffen. Im Vordergrund dieser Planberatungen in den Territorien standen folgende Fragen: wie können die für die Erfüllung der Planaufgaben notwendigen regionalen Ressourcen gesichert werden, welche sozialen und auch ökologischen Aufgaben und Folgen für die Entwicklung der Region ergeben sich aus den jeweiligen Plänen, welche Aufgaben zur Entwicklung der Infrastruktur und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in den jeweiligen Territorien können in die Pläne aufgenommen werden, wie können die zwischen den verschiedenen Planaufgaben in den Territorien vorhandenen Interessenwidersprüche gelöst werden?

Auch in diesen Komplexberatungen sind wirtschaftsdemokratische Potenziale vorhanden, Sie ergeben sich einmal aus den spezifischen Möglichkeiten, branchen- und regionalspezifische Entwicklungsinteressen auszugleichen, zum anderen aus der Mitwirkung der gewählten Interessenvertretungen in den Regionen (Bezirks-, Kreistage) an Planentscheidungen, und aus der Teilnahme der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organe an diesen Beratungen. Das ist besonders wichtig, weil in solchen Beratungen Entscheidungen getroffen werden können, die die Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen sowie die Lebensverhältnisse der Bevölkerung unmittelbar beeinflussen. Es gilt diese Formen weiterzuentwickeln durch breitere Beteiligung der Bevölkerung an wichtigen Entscheidungen die ihr zukünftiges Arbeiten und Leben betreffen und durch die Stärkung der Möglichkeiten und der Verantwortung der Gebietskörperschaften für eine regionale Strukturpolitik. Besonders auf lokaler Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten für kreative, zukunftsorientierte kommunaler Projekte, z.B. durch die Selbstversorgung von Kommunen mit Energie auf Basis regenerativer Energien. )

Die Durchführung von **Betriebsvergleichen** als Erfahrungsaustausch zwischen Betrieben vergleichbaren Strukturen und als Methode zur Nutzung neuer Methoden und Erkenntnisse für die Entwicklung neuer Gebrauchswerte und zur generellen Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse, zur Qualifizierung der Arbeit und zur Erhöhung der Effizienz der Betriebe. Hier liegt ein spezifischer Vorzug gesellschaftlicher

Eigentumsverhältnisse gegenüber dem Privateigentum, das auf Geheimhaltung von guten Erfahrungen und neuen Erkenntnissen gegenüber den Konkurrenten beruht. Der Erfahrungsaustausch als Grundgedanke der Betriebsvergleiche könnte auch schon heute im Interesse der Erweiterung und Qualifizierung der Mitbestimmung als Erfahrungsaustausch zwischen Betriebsräten verschiedener Betriebe stärker genutzt werden,

## **5. Wirtschaftsdemokratische Herausforderungen in einer sozialistischen Alternative im 21. Jahrhundert**

Zur Begründung der Vorstellungen für eine Demokratisierung der Wirtschaft in einer alternativen sozialistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist es zweckmäßig, von den Anforderungen auszugehen, die sich ergeben einerseits aus den Erfahrungen und Problemen der Wirtschaftsdemokratie im Realsozialismus und im gegenwärtigen Kapitalismus, sowie andererseits aus den Zielstellungen eines demokratischen, emanzipativen, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialismus im 21. Jahrhundert..

Diese Anforderungen oder Herausforderungen sollen mit folgenden Thesen charakterisiert werden:

- Die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und darin eingeschlossen der Wirtschaft als entscheidende Sphäre der gesellschaftlichen Tätigkeit gehört zu den grundlegenden, unverzichtbaren Wesensmerkmalen einer sozialistischen Alternative im 21. Jahrhundert. Die Verbreiterung und Vertiefung der Wirtschaftsdemokratie ist somit eine ständige Aufgabe der gesellschaftlichen Kämpfe und Auseinandersetzungen in einem sozialistischen Transformationsprozess und auch in einer sich herausbildenden sozialistischen Gesellschaft selbst. Die Qualität der Wirtschaftsdemokratie ist ein entscheidender Gradmesser für die Reife und Qualität einer sozialistischen Gesellschaft.
- Eine wichtige Bedingung für die Vertiefung der Wirtschaftsdemokratie und die Verstärkung ihrer Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und einer zukunftsfähigen Produktions- und Lebensweise, ist die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Ein entscheidendes Kriterium für die Art und Weise und die Richtungen dieser Veränderungen ergibt sich aus den Einflüssen der konkreten Eigentumsstrukturen auf die Demokratisierung der Wirtschaft. Im Zusammenhang mit den wirtschaftsdemokratischen Herausforderungen gewinnen solche Eigentumsformen wie das genossenschaftliche, das Belegschafts- und das kommunale Eigentum eine wachsende Rolle, da sie besonders günstige Voraussetzungen für die demokratische Einflussnahme und Mitbestimmung bieten. Bei der Überführung von Schlüsselbereichen in gesellschaftliches Eigentum gilt es von vornherein solche Veränderungen u.a. im Finanzbereich und im Energiesektor mit der Verstärkung wirtschaftsdemokratischer Einflussnahme und Kontrolle zu verbinden. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen.



- Es gilt, die Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen, auf der Mikro-, Meso- und Makro-, EU- und globalen Ebene unter Berücksichtigung der spezifischen Probleme und Möglichkeiten dieser Ebenen und ihrer Verflechtungen zu gestalten.<sup>14</sup> Hier treten je nach der Ebene differenzierte Probleme auf. Die größten wirtschaftsdemokratischen Defizite und zugleich Probleme und Schwierigkeiten gibt es auf den höheren, komplexeren Ebenen: gesamtwirtschaftlich, EU und global. Es reicht auch nicht aus, die Wirtschaftsdemokratie auf den verschiedenen Ebenen auszubauen. Zunehmende Bedeutung gewinnen die Verflechtungen zwischen den Ebenen und der Ausgleich der dabei bestehenden unterschiedlichen Interessen.
- Ausgehend von den Erfahrungen in der DDR ist es für die Qualität der Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben und Unternehmen in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft unerlässlich, eine übermäßige Zentralisierung von Entscheidungen zu vermeiden, die Rolle der Betriebe und Unternehmen zu stärken und dazu ihre Spielräume für eigene Entscheidungen zur Entwicklung ihres Reproduktionsprozesses, zur Modernisierung und zum Ausbau des Anlagebestands, für die Durchführung von Innovationen sowie für Strukturveränderungen wesentlich zu erweitern. Ein besonders wichtiges und zugleich sehr schwieriges Problem für das noch praktikable Lösungen gefunden werden müssen, ist das *Anstreben einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen und den ökonomischen Interessen der wirtschaftenden Einheiten*. Das trifft in hohem Grade auch zu für Betriebe in Belegschaftseigentum.
- Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, dass bei Entscheidungen zur Entwicklung von Betrieben und Unternehmen, die für die jeweilige Region, für Arbeitsplätze, Umweltbedingungen u.a., von besonderer Bedeutung sind, demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten nicht nur für die Belegschaftsmitglieder gesichert werden, sondern dass diese auch für die in den jeweiligen Regionen lebenden Menschen, die nicht in den betroffenen Betrieben beschäftigt sind, erweitert bzw. überhaupt geschaffen werden

Um der herausragenden Rolle der Wirtschaftsdemokratie für eine sozialistische Alternative gerecht werden zu können, gilt es, Methoden und Wege zu finden, damit die Erweiterung von Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten der Belegschaften und der Bevölkerung insgesamt möglichst auch zu Ergebnissen führen, die mit den grundlegenden Zielstellungen eines Sozialismus im 21. Jahrhundert übereinstimmen. Das ist besonders dort wichtig und zugleich kompliziert, wo es ausgeprägte spezifische, eigenständige Interessen von Gruppen (Belegschaften u.ä.) oder Teilen der Bevölkerung gibt, die nicht mit den gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen übereinstimmen, vielmehr in einem widersprüchlichen Verhältnis dazu stehen. Das kann solche Anforderungen betreffen, wie die Herstellung sozialer Gleichheit, den sozial-ökologischer Umbau, der in den konkreten Schritten und im Tempo seiner Durchführung den Erfordernissen einer zukunftsfähigen Entwicklung nicht nur im Rahmen der eigenen nationalen Ökonomie sondern auch im globalen

---

<sup>14</sup> vgl. hierzu Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat, a.a.O.

Maßstab entsprechen muss, die optimale Gestaltung der Beziehungen zwischen kurz- und längerfristigen Interessen.

D.h. es geht nicht um die Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie schlechthin, sondern vor allem auch um die Qualität der demokratischer Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen in Richtung sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, Verbesserung der Bedingungen für selbstbestimmte, emanzipative Arbeit, Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen in der Energiewirtschaft und bei der Mobilität.

Die Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie und die Stärkung ihrer Einflüsse auf die Realisierung sozialistischer Zielstellungen ist wiederum eng verknüpft einerseits mit Veränderungen in den sozialen Verhaltensweisen der Menschen im Sinne von Solidarität und Empathie sowie andererseits mit der Erweiterung des Wissens der Menschen über die Widersprüche und komplexen Zusammenhänge der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsprozesse. Somit wird die *Aufklärung und Bildung zu einer entscheidenden, unverzichtbaren Bedingung für eine hohe Qualität und Wirksamkeit der Wirtschaftsdemokratie.*